



Das Reichsbanner

Nr. 1 24. Jahrgang Februar 1980

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 21436F

Nr. 1 24. Jahrgang

Februar 1980

A N D I E D E U T S C H E J U G E N D

„Nur eine knechtselige Jugend, die rückgewandt ist und somit zum anderen Lager gehört, sehnt sich nach einem totalitären Staat und nach Diktatur. Eine zukunftsfreudige Jugend schreitet vorwärts, kämpft für die Demokratie und weigert sich, Sklave zu sein!“

Diese Worte sprach Reichspräsident Paul Loebe auf einer Kundgebung der Reichsbanner-Jugend am 25. Februar 1931 in Berlin. Sie haben nichts an Bedeutung verloren. Loebe starb 1967, über neunzig Jahre alt. Aber was besagt schon „Alter“? Er, der durch Jahre der Verfolgung hindurchging, blieb jugendlichen, ungebrochenen Geistes bis zum Ende. Auch „Jugend“ als solche besagt noch nichts. Es gibt Fünfzehn- und Sechzehnjährige, die bereits an ihre Pensionsansprüche denken und vom Staat, gleich welcher Art, nur erwarten, daß er sich um ihr Wohlbefinden kümmere. Dabei ist es gerade für die junge Generation von entscheidender Bedeutung, die mühsam errungene Freiheit tatkräftig zu verteidigen, und sie nicht als etwas Selbstverständliches zu betrachten. Ein altes Sprichwort sagt, daß diese Freiheit — wie das Leben selber — täglich neu errungen werden muß.

Das Reichsbanner als Bund aktiver Demokraten, sollte daher Euer Bund sein — Ihr werdet ihn übernehmen müssen, wenn die Generation, die durch den Nazismus hindurchging und dann einen freien Staat aufbaute, vom Schauplatz der Zeitgeschichte verschwindet. Aber schon jetzt gibt es sicherlich so manches, was die junge Generation geändert sehen möchte — manches, was besser gemacht werden sollte. Schimpfen, „Maulen“ und Abseitsstehen nützen nichts. Wer etwas an den Parteien, an Verbänden, an den Regierungen aussetzen hat, muß drinnen sein, er muß mittun — zeigen, daß er etwas Besseres beizutragen imstande ist.

Das sage ich nicht als Bundesvorsitzender, sondern im Geiste meines früheren Auftrags als Jugendführer des „Vortrupp Schwarz-Rot-Gold“ Berlin-Brandenburg. Als ich im September 1979 in Berlin gewählt wurde, habe ich erklärt: Ich will versuchen, die Jugend enger an unseren demokratischen Staat und diesen enger an die Jugend heranzuführen; nicht durch ein blasses Programm, sondern mit Euch und durch Euch — die freiheitliche Jugend — hier in der Bundesrepublik Deutschland, die für ihre Altersgenossen im anderen, im unfreien Teile Deutschlands handeln und ihr ein Vorbild sein muß.

Wir sind in ein neues Jahrzehnt eingetreten, in dem die größten Entscheidungen fallen werden — für Deutschland, für Europa, für die Menschheit. Mein Grußwort zu Beginn dieser achtziger Jahre beinhaltet also einen Appell an Euch — die heranwachsende Jugend aller Alters- und Berufsgruppen:

Daß Ihr mir tatkräftig helft, auch wirklich durchzuführen, was ich in Berlin als unsere große Aufgabe bezeichnet habe! Daß ich Euch auch persönlich zur Verfügung stehe — genau wie eh und je, als ich für einige tausend Jungen unmittelbar verantwortlich war — darauf könnt Ihr Euch verlassen!

In diesem Sinne und in dieser kameradschaftlichen Verbundenheit ein glückliches, ein freies Neues Jahr!

Euer
HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN

D I E F R E I H E I T I S T U N T E I L B A R

**KONGRESS DER UNION INTERNATIONALE DE LA RÉSISTANCE ET DE LA DEPORTATION UND DER UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER — UND VERFOLGTENVERBÄNDE
VOM 1. DEZEMBER 1979 IM FRANKFURTER RÖMER**

Die Satzung der UDWV erklärt als gemeinsames Ziel der Verbände — und auch die UIRD hat ähnliche Ziele —:

„Wahrung des Gedankengutes des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, das Eintreten für die Ideale des Widerstandes, für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung, Abkehr von allen totalitären Bestrebungen und Kampf gegen Intoleranz und Rassenwahn . . .“

Was heißt das? Wahrung des Gedankengutes heißt, immer wieder daran zu erinnern, daß das Recht des Widerstandes gegen das Recht brechende staatliche Gewalthaber im europäischen Rechtskreis immer und überall — auch in der deutschen Rechtsentwicklung, in den Staaten germanischen Rechtes, also in den ersten Anfängen der deutschen Rechtsgeschichte — anerkannt war. Der Inhaber der Staatsgewalt leitet Rechtssinne seiner Gewalt davon her,

daß freie Staatsbürger sie ihm übertragen haben. Sie wird nicht bindungslos übertragen. Alfred **Verdross**, einer der bekanntesten Völkerrechtler, betont, daß nach der Rechtsauffassung der Kulturvölker nicht nur kriegsrechtswidrige, sondern auch unmenschliche Anordnungen eines Staates unverbindlich sind und den Befehlsempfänger zum Widerstand verpflichten. Das gilt im gleichen Umfange für Widerstandshandlungen. Nicht vom Völkerrecht sanktioniert werden daher die Terrorangriffe etwa der PLO gegen Zivilisten, das Entführen oder Abschießen von Verkehrsflugzeugen durch Terroristen. Wir verwarfen uns in diesem Zusammenhang energisch dagegen, die kriminellen Handlungen solcher Elemente als Widerstand und die Kriminellen selbst als Widerstandskämpfer zu bezeichnen. . . . Der Frage, warum in Deutschland nicht die Freiheit, sondern der Totalitarismus siegte, folgt die Frage, wie man Freiheit bewahren könne. Sicherlich nicht so, wie deutsche Rechtsphilosophen sich das vor 1933 — aber manche auch noch heute — vorgestellt haben oder noch vorstellen. Vertrat doch der bekannte Heidelberger Rechtslehrer und frühere Reichsjustizminister Gustav **Radbruch** die Auffassung, daß gedankliche Voraussetzung der Demokratie sei, daß sie **jeder** politischen Auffassung, die sich eine Mehrheit verschaffen könne, die Führung im Staate überlassen müsse (Vorwort zur 1932 erschienen Auflage der Rechtsphilosophie), während der bekannte Rechtsphilosoph Hans **Kelsen** noch 1932 die Verteidigung der Demokratie gegen antidemokratische Bestrebungen als einen Selbstwiderspruch und eine Selbstaufhebung der Demokratie bezeichnete (wörtlich in „Demokratie und Sozialismus“ 1967 S. 68: „... Bleibt sie sich selbst treu, muß sie auch eine auf Vernichtung der Demokratie gerichtete Bewegung dulden.“) Welch' eine Vernarrtheit geistigen Denkens. So nimmt dann nicht wunder, daß vor dem 20. Juli 1944 ein 20. Juli 1932 stand. . .

Die Völkerrechtsverletzung der Machthaber in Teheran besteht sowohl in Handlungen als auch in Unterlassungen. Im ersten Falle ist es die Mittäterschaft bei der Geiselnahme, im zweiten Fall das Unterlassen des völkerrechtlichen Gebotes, Ausländer zu schützen. . .

Die Satzung spricht auch von der Abwehr totalitärer Bestrebungen. D.h., daß wir keine Rechtsphilosophen sind und auch nicht in jenen Türmen sitzen, die man die elfenbeinernen nennt. Wir sind für das Verbot der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“, weil sie immerwährend aufrechte Demokraten beschmutzt. Wir sind für das Verbot der rechtsextremen Parteien und Gruppen. Wir sind vor allen Dingen dafür, daß man endlich handelt. Das gilt natürlich auch für linksextreme Organisationen und Parteien. Wir lehnen jede Verbindung mit diesen Kreisen ab und sind insbesondere auch der Meinung, daß die Mitglieder der sowjetfreundlichen VN nicht dazu berufen sein können, ein Vorbild für unsere Jugend abzugeben.

Wir kämpfen gegen Intoleranz und Rassenwahn. Das heißt auch, daß wir uns gegen den Vergleich von Sozialdemokraten mit Nationalsozialisten wehren und es als beleidigend empfinden, wenn einem Mann, der als Politiker und ehemaliger Bundesminister 30 Jahre hindurch seine demokratische

Gesinnung unter Beweis gestellt hat, vorgeworfen wird, daß er einmal Kommunist gewesen sei. Wir billigen jedem einen Irrtum zu, auch einen politischen Irrtum — wenn er nicht zu Verbrechen geführt hat. . .

Wir überschätzen unsere Möglichkeiten nicht. Es wird auch morgen noch keinen „neuen Menschen“ und keine „bessere Welt“ geben. Wir werden auch in Zukunft mit der Unvollkommenheit der Menschen und insbesondere mit der Unvollkommenheit der Staatsbürokratie leben müssen. In all dieser Unvollkommenheit jedoch, die besser ist als die Vollkommenheit irgendeines totalitären Regimes, müssen wir unser Wertvollstes behalten und verteidigen:

Die menschliche Freiheit.

GEORG PRINZ
Vorsitzenden UDWV
(Grußwort gekürzt)

Ohne Unterschied der Nationalität, der Sprache, der Religion, der ethnischen Herkunft sind Sie alle hierher gekommen, nach Frankfurt, das Jahrhunderte lang Mittelpunkt war der umfassendsten Völkerrepublik, die Europa seit den Tagen des Imperium Romanum und als dessen Erbe erlebt hat, Stadt Goethes, der sich, wie wir in seiner Italienischen Reise lesen können, darauf beruft, daß er aus einer freien Republik stamme. Sie kamen, weil Sie in Ihren Heimatländern fremden und einheimischen Terror erlebt und gegen die Unterdrückung von Menschenrecht und Menschenwürde gekämpft haben. . .

So darf ich ein amerikanisches Dokument zur Grundlage meiner Darlegungen machen, das zeitlos ist in seiner Bedeutung, das Bekenntnis ausdrückt der gesamten gesitteten Menschheit. Es ist die am 4. Juli 1776 vom Kongress der Dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika verkündete **Declaration of Independence**. Es heißt darin, daß es Wahrheiten gibt, die sich von selbst verstehen — so, daß alle Menschen gleich geschaffen sind und von ihrem Schöpfer ausgestattet mit bestimmten unabdingbaren Rechten. Zu diesen gehören als allererste Leben und Freiheit als die Voraussetzung eines dritten Grundrechts, des Strebens nach dem Glück. Um diese Rechte zu sichern, heißt es dann weiter, sind Regierungen eingerichtet worden, die ihre gerechte Gewalt von der Zustimmung der Regierten ableiten. Auch das, was man heute das Widerstandsrecht nennt, ist in diesem großartigen Dokument bereits enthalten. Heißt es doch im nächsten Satze: „Wenn eine Regierungsform zerstörend wird für jene Ziele, ist es das Recht des Volkes, sie zu ändern oder zu beseitigen, und eine neue Regierung einzusetzen, gegründet auf den genannten Prinzipien.“ . . .

Durch Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juli 1968 ist heute im Artikel 20, Absatz 4, ein Widerstandsrecht für alle Deutschen begründet zur Abwehr von Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Eine ähnliche Bestimmung findet sich in der Berliner Verfassung, Artikel 23, 3. Absatz, ebenso in der Bremer Verfassung, Art. 19, und in der Hessischen, Art. 147. Auch das Bundesverfassungsgericht hat durch Urteil vom 12. Oktober 1965 ein Widerstandsrecht anerkannt zur Abwehr staatlichen Unrechts, zum Beispiel gegen eine alle demokratischen Freiheiten unterdrückende Gewaltherrschaft. Aber all diese Grundsätze sind gleichfalls von inter-

nationaler Gültigkeit, wie Sie selber, die Sie hier versammelt sind, durch Ihre Taten und Ihre Leiden bewiesen haben. . . Professor Harald C. Deutsch, der bekannte amerikanische Historiker, Soziologe und Ratgeber mehrerer Präsidenten, hat als Titel seines Werkes über die deutsche Widerstandsbewegung den Begriff gewählt: VOLLMACHT DES GEWISSENS. Wozu es keines Gesetzes bedarf, keines gedruckten Textes, ist dem Entscheid des eigenen Gewissens anvertraut. Dieses kann die Ermächtigung geben, zu handeln, wie es dem Sittengesetz entspricht. Mehr noch: Es kann den **A u f t r a g** zum Handeln geben, und wer ihn nicht erfüllt, macht sich am Unrecht mitschuldig, . .

Vielleicht darf ich hier einige persönliche Dinge erwähnen: Ich habe bereits am 12. Juli 1930 in der „Vossischen Zeitung“ unter dem Titel: „Das Dritte Reich“ geschrieben: „Das Leben von Staat und Gesellschaft und vor allem auch die Existenz der Völkerfamilie würden sofort und unmittelbar bedroht, ja unmöglich gemacht werden, sollte der Nationalsozialismus zur Macht kommen.“ . . Zur Ergänzung meines Gedächtnisses habe ich vor einigen wenigen Wochen durch das Institut für Zeitgeschichte Ablichtungen von Zeitungsberichten über meine Vorträge während meiner ersten Amerikareise von Februar bis April 1935 erhalten. Nahezu in **j e d e r** dieser Reden — vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean — habe ich von der „Unenteilbaren Freiheit“ gesprochen — und daß es notwendiger Weise zum Angriffskrieg kommen werde, sollte Hitler nicht doch noch gestoppt werden. Das erste Land — sagte ich, und so berichten die Blätter — werde Österreich sein. Dann werde die Tschechoslowakei folgen — ein Land, das dem Regime besonders verhaßt war; denn Prag war zu einer Art von Exilhauptstadt freier deutscher Politik und Kultur geworden. Dann — all dies ließ sich 1935 voraussagen! — würden Frankreich und England an die Reihe kommen, und schließlich Russland. Ein Weltkrieg also, um, wenn möglich, überall die Freiheit auszurotten — aber enden werde dies alles mit der Vernichtung Deutschlands, vielleicht von ganz Europa. Daß aber Deutschland nach dem Ende des Krieges doch wieder eine Möglichkeit erhielt, als freies Land in die Völkerfamilie zurückzukehren, das ist ganz wesentlich der Widerstandsbewegung und der inneren und der äusseren Emigration zu verdanken. „Hitler ist nicht Deutschland“ — das war Grundtenor aller unserer Reden und Veröffentlichungen. Wenn erst die nazistische Oberfläche abgeschält sein werde, dann wird sich ergeben, daß auch die deutsche Jugend trotz jahrelangen Versuchen der Indoktrinierung nicht nazistisch geworden sei. Dies alles hat sich nach 1945 als wahr erwiesen. Daß im freien Teile Deutschlands so schnell ein demokratisch-parlamentarischer Staat aufgebaut werden konnte, ist der Tatsache zu verdanken, daß die Freiheit zwar unterdrückt, aber nicht ausgelöscht werden konnte. . .

Es gehört zur Tragödie Europas, daß immer noch nicht erkannt wurde, wie unteilbar die Freiheit sei — ganz anders als die Feinde der Freiheit, die genau wußten, daß **j e d e** Freiheit, in **j e d e m** Volke eine Bedrohung der totalitären Herrschaft darstelle. So konnte man dem Grundsatz, den **w i r** vertreten, das Credo der anderen Seite entgegenstellen, näm-

lich, daß auch die Unfreiheit unteilbar sei — und daß diese sich erst dann für eine Weile gesichert dünken könne, wenn überall in ihrer Reichweite die Freiheit unterdrückt sei. . . Ich habe eingangs die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zitiert: Die Freiheit ist ein allen Menschen eigenes Ur-Recht, es ist jenes Recht und jene typisch menschliche Eigenschaft, tief und unverlöschlich begründet in der Natur des Menschen, durch die er erst zum **M e n s c h e n** geworden ist. Mensch und Freiheit sind demnach untrennbare Begriffe. Sein Geist ist von Natur aus **f r e i**. Ein „Unfreier Geist“ — hat Thomas Mann einmal geschrieben, „wäre ein Widerspruch im Beiwort“. Hinzufügen wird man müssen: „Wehret den Anfängen!“ denn manche Gewaltherrschaft ist sozusagen auf leisen Sohlen gekommen — erst unter dem Schein des Rechts und dann, sobald sie sich gefestigt glaubte, hat sie ihr wahres Gesicht gezeigt. Seit Thomas von Aquins Werk **„De Regimine Principum“** ist es feststehende Lehre, daß auch einer, der auf nominell rechtmäßigem Wege zur Herrschaft gelangt ist, nachher durch den Mißbrauch der Macht zum Tyrannen werden kann, gegen den das Recht, ja die Pflicht zum Widerstand mit allen Mitteln gegeben ist. . .

An der Schwelle der modernen, freiheitlichen Verfassungsentwicklung steht Hegel: Er hat in seiner „Rechtsphilosophie“ die bürgerlichen Freiheiten verlangt, einschließlich der Pressefreiheit, die freie Zugänglichkeit zu allen Ämtern und eine Volksvertretung. Der Staat, den er nicht als etwas Starres mit unverrückbaren Einrichtungen begreift, sondern als einen dialektischen Prozess, ist ihm das Werkzeug der Geschichte — die Geschichte ist ihm die Vollführung von Gottes Plan. . . So darf man gewiss in diesem Frankfurter Kongress auch einen sehr wesentlichen Beitrag zum Frieden sehen — einen ganz konkreten Beitrag, während sonst nur viel darüber geredet wird. Die Frage erhebt sich freilich: Welchen Frieden meinen wir und welche Freiheit? . . . Schiller hat es im Gedichte „Die Worte des Glaubens“ ausgesprochen, worum es uns allen geht, ohne Unterschied von Sprache und Herkunft:

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei / und würd' er in Ketten geboren, / Laßt euch nicht irren des Pöbels Geschrei / Nicht den Mißbrauch rasender Toren; / Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, / Vor dem freien Menschen erzittert nicht.“

Da ich mit einem Hinweis auf die Unabhängigkeitserklärung begonnen habe, lassen sie mich mit einem weiteren auf diese schließen: Die erste öffentliche Verkündung jener Erklärung ist eingeläutet worden durch die Freiheitsglocke, deren genaue Nachbildung seit 1950 im Schöneberger Rathaus in Berlin hängt. Die ursprüngliche Inschrift dieser Glocke, gegossen 1752 zur Feier des Fünfzigjährigen Jubiläums der Gründung Pennsylvanias, einer Gemeinschaft von Freien, ist Leviticus entnommen, das ist das Dritte Buch Moses, XXV. Kapitel, 10. Vers. Sie lautet: **„Proclaim liberty throughout all the land unto all the inhabitants thereof.“** Das heißt auf Deutsch: **„Verkündet Freiheit die Lande durch, allen denen, die dort wohnen!“**

HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN
Bundesvorsitzender Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
(Festrede stark gekürzt)

ZWEI ENTSCHEIDUNGEN

Der BUNDESVORSTAND REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD, Bund Aktiver Demokraten, der anlässlich der Konferenz der Union de la Résistance et de la Déportation und deren deutscher Sektion im Römer zu Frankfurt tagte, hat folgende EntschlieÙung angenommen:

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold betrachtet mit wachsender Sorge die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Gemäß neuesten Erkenntnissen des Bundesministerium des Innern hat sowohl die rechts- wie die linksextremistische Tätigkeit sprunghaft zugenommen.

Wie zur Zeit der Weimarer Republik besteht bereits wieder in der Praxis eine Zusammenarbeit der Extremisten aller Schattierungen — mit e i n e m gemeinsamen Ziel: Sturz der freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, eingedenk der Versäumnisse in der Weimarer Republik, wodurch den Extremisten beider Seiten ihre Mobilisierung gegen die Demokratie erst ermöglicht wurde, erwartet von den im Bundestag vertretenen Parteien und von allen demokratiebewußten Staatsbürgern, daß sie mit äußerster Entschlossenheit gegen rechts- und links-extremistische Aktionen vorgehen.

Es kann nicht, wie dies seinerzeit schließlich an der Tagesordnung war, hingenommen werden, daß die Hoheitszeichen der Republik verunglimpft, die Vertreter von Bund, Land, Städten, Gemeinden, gewählte Körperschaften usw. beschimpft werden, oder daß jene Extremisten ungestraft versuchen dürfen, sie lächerlich zu machen.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erwartet ferner, daß die berufenen Vertreter unseres Staates sowie Eltern, Lehrer, Jugendführer, Publizisten vor allem der J u g e n d klar machen, daß es sich bei unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung um ihre eigenste Sache handelt. Die Bedrohung der Freiheit ist gerade für die Jugend eine Bedrohung unmittelbarer Art, die jeden Einzelnen in seinem Fortkommen, ja in seiner Existenz gefährdet.

Die Exekutivorgane haben die gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutze der freiheitlich-demokratischen Ordnung voll auszuschöpfen, um Extremisten jedweder Art zur Rechenschaft zu ziehen. Die Pflicht des Staates, die demokratischen Freiheiten aller Bürger zu schützen, beinhaltet nicht seine Pflicht zum politischen Selbstmord, herbeigeführt — wie zur Zeit der Ersten Republik — indem man den Feinden der Demokratie deren Mittel zu ihrer eigenen Vernichtung in die Hand gab.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gedenkt in diesem Zusammenhang seines als Märtyrer der Freiheit hingerichteten Kameraden Theodor Haubach, dessen Losung, die er zur Verhinderung der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten ausgab, nichts an Bedeutung verloren hat:

**„EINE STRENGE REPUBLIK ?
REPUBLIK, WERDE HART!“**

„Jeder hat das Recht, irgend ein Land zu verlassen, einschließlich seines eigenen, und zu seinem eigenen Land heimzukehren.“
(Artikel 13 der UNO-Erklärung über die Menschenrechte, die sowohl von der UdSSR als auch von der DDR anerkannt wurde.)

In der Zeit vom 30.11. — 2.12.1979 fand in Frankfurt am Main eine Tagung der UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER- UND VERFOLGTENVERBÄNDE e.V. und der UNION INTERNATIONALE DE LA RESISTANCE ET DE LA DEPORTATION statt, an der neben den Vertretern der dem deutschen Dachverband angeschlossenen zehn Organisationen rund dreißig Vertreter ausländischer Verbände teilnahmen. Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main empfing die in- und ausländischen Gäste im Kaisersaal des „Frankfurter Römer“, die Sitzungen fanden in den Fraktions-sitzungssälen des Frankfurter Römer statt. Auf der im Stadtverordneten-sitzungssaal stattfindenden Plenarsitzung nahmen neben anderen Ehrengästen auch die Stadträte Gerhard und Mihm als Vertreter des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, der frühere Landtagspräsident Georg Buch und der französische Generalkonsul teil. Die Konferenz nahm folgende EntschlieÙung an:

Die in Frankfurt am Main am 30.11. und 1.12.1979 zusammengetretenen Delegierten der der UNION INTERNATIONALE DE LA RESISTANCE ET DE LA DEPORTATION (U.I.R.D.) angeschlossenen demokratischen Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände aus neun den Vereinten Nationen angeschlossenen Ländern begrüßen die Einführung des Direktwahlrechtes zum EUROPÄISCHEN PARLAMENT und fordern die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften der beteiligten Länder auf, alles zu tun, um eine noch engere Zusammenarbeit der europäischen Völker zu gewährleisten.

Sie sind besorgt und enttäuscht über Härten und Ungerechtigkeiten der Wiedergutmachungsgesetze — insbesondere des Bundesentschädigungsgesetzes — und fordern Regierung und gesetzgebende Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland auf, notwendige Verbesserungen dieser Gesetze vorzunehmen.

Sie verurteilen die völkerrechtswidrigen Handlungen der Machthaber in Teheran und fordern diese auf, die Geiseln unverzüglich freizulassen.

Im nächsten Heft werden wir Auszüge aus der auf diesem Kongreß gehaltenen Rede des Präsidenten der UNION DES RESISTANTS POUR UNE EUROPE UNIE (Union der Widerstandskämpfer für ein einiges Europa), des ehemaligen Abgeordneten der französischen Nationalversammlung Oberst d.R. Dr. med. Léon Boutbien, Großoffizier der französischen Ehrenlegion, veröffentlichen.

Leser dieser Zeitschrift sollten alle Bücher nur bei „Das Reichsbanner-Verlag und Handlung“ Kronberger Str. 43, 6000 Frankfurt 1, bestellen, Schnellste Lieferung zu Originalpreisen.

KEIN PARDON FÜR GESCHICHTSVERDREHER

(Ausblick 12/79) „Die ungeheuerlichen Verbrechen und das unermeßliche Leid, denen Juden, aber auch andere Menschen ausgesetzt waren, dürfen nicht in Vergessenheit geraten, weil sonst die Wachsamkeit gegenüber politischen Fehlentwicklungen nachlassen kann. Noch immer gibt es nazistische Umtriebe. Wir haben die Pflicht, schon den Anfängen zu wehren“. So kommentierte der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker ein Urteil des VI. Senats des Bundesgerichtshofs. Danach darf die historische Tatsache der Judenmorde im Dritten Reich nicht geleugnet werden. Das Urteil erging gegen einen Gärtner, der auf seinem Grundstück eine Plakatwand aufgestellt hatte, auf der unter anderem behauptet wurde, die Ermordung von Millionen Juden im Nazireich sei „zionistischer Schwindel“, und die „Lüge von den sechs Millionen vergasteten Juden“ könne nicht hingenommen werden. Geklagt hatte ein ÖTV-Mitglied, dessen jüdischer Großvater im KZ umgebracht worden war.

GEORG MEANY'S VERMÄCHTNIS

Der große Mann des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL — CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations) **GEORGE MEANY** ist im Alter von 84 Jahren als Chef der größten Gewerkschaft der freien Welt mit 120 angeschlossenen Einzelgewerkschaften und rund 14 Millionen Mitgliedern in den Ruhestand getreten. Beim Schreiben dieser Zeilen erreicht uns die Nachricht von seinem Tode. Dies ist für uns besonders Anlaß, seines Wirkens zu gedenken.

Dieser außergewöhnliche Arbeiterführer hat sich stets engagiert für Freiheit und Demokratie und gegen Diktatur und Unterdrückung ausgesprochen. George Meany hat nie ein Hehl daraus gemacht, als was er die sogenannten Gewerkschaften in den Staaten mit kommunistischer Diktatur ansieht. Die freie Welt dankt ihm gerade in dieser Hinsicht für die klare Sprache und unerschütterliche Haltung, die viel dazu beigetragen hat, daß auch in Europa den Anbiederungs- und Unterwanderungsversuchen kommunistischer Gewerkschaften Paroli geboten wird. Ganz deutlich führte George Meany aus:

„Wir von den amerikanischen Gewerkschaften haben die sogenannten Gewerkschaften in den kommunistischen und allen anderen totalitären Staaten immer als „Arbeitsfront“ bezeichnet — wie sie Dr. Ley und Hitler einst aufgebaut haben. In der UdSSR war der von der Kommunistischen Partei eingesetzte Führer der „Arbeitsfront“, Scheljepin, früher Chef der gefürchteten sowjetischen Geheimpolizei.

Diese sogenannten Gewerkschaften sind nur Werkzeuge der kommunistischen Diktatur. Sie sind Instrumente des Polizeistaates — um die Arbeiter zu beaufsichtigen und anzutreiben.

Wir glauben, daß freie Gewerkschaften in unserem oder in irgend einem anderen freien Land nicht mit diesen „Arbeitsfront“-Organisationen zu tun haben sollten. Ihnen die Hand zu reichen, bedeutet, ihnen Anerkennung und Glaubwürdigkeit als echte Gewerkschaften zu verleihen. Das ist genau das, was die kommunistischen Führer haben wollen, um ihre Mitglieder zu betrügen und der Diktatur dienstbar zu machen.“

Die Gewerkschaften in totalitären kommunistischen Staaten waren tatsächlich niemals eigene, freie oder freiwillige Machtfaktoren. Jedoch versuchen unentwegt kommunistische Unterwanderer und deren Mitläufer, uns das Gegenteil vorzugaukeln. Die Schüsse auf streikende polnische Arbeiter, die „freiwilligen“ Selbstverpflichtungen zu höherer Arbeitsleistung von sogenannten Arbeitsbrigaden, die „freiwilligen“, unbezahlten Sonderschichten zum Wohle des kommunistischen Vordringens in der Welt und alle ähnlichen „Leistungen“ der Gewerkschaften in den kommunistischen Staaten werden bei uns nicht richtig gewertet. Wir sind nicht persönlich und unmittelbar berührt. Eine Aufklärung hierüber wird oft leichtfertig als „Kalter Krieg“ abgetan, um notwendige Konsequenzen zu verhindern. Lassen wir einmal die hohe sowjetische Führung selbst darstellen, was sie von ihren Gewerkschaften fordert und welche Rolle sie ihnen von jeher und immer wieder neu zuteilt:

LEONID BRESHNEW, Generalsekretär des Zentral-

komitees der KPdSU, auf dem XV. Gewerkschaftskongreß der UdSSR am 20. März 1972:

„Unsere gemeinsame Aufgabe bleibt, die Anforderungen und die persönliche Verantwortung der Mitarbeiter aller Dienstgrade für die Erfüllung der Beschlüsse des ZK der KPdSU und der Regierung ernsthaft zu erhöhen. Man muß die Verletzung der Staatsdisziplin unterbinden und bestrafen!“

Deutlicher konnte die Rolle der Sowjetgewerkschaften als Befehlsempfänger der Partei nicht ausgedrückt werden. Was die Partei von den Arbeitenden und den Sowjetgewerkschaften fordert, drückt Breshnew so aus:

„Der Arbeitslohn muß überall erarbeitet werden, jeder muß die direkte Abhängigkeit des Lohnes von seinem Beitrag zu den Produktionsleistungen zu spüren bekommen. Wir müssen die Güter (die der Fünfjahrplan vorsieht) selbst produzieren und dazu bedarf es beharrlicher Anstrengungen und angespannter Arbeit.“

Wie Herr Breshnew die Entlohnung für höchste Anstrengungen der Arbeitenden propagiert, kommt wörtlich so zum Ausdruck:

„Wenn wir die materiellen Hebel vervollkommen, müssen wir zugleich ernsthaft die Rolle des moralischen Ansporns erhöhen. Er wird von uns ausgiebig angewandt bis zu so hoher Anerkennung von Arbeitsverdiensten wie die Auszeichnung mit Orden und die Verleihung von Ehrentiteln. Diese Form der Anerkennung der besten Werktätigen, der besten Kollektive behalten sicherlich in vollem Maße ihre Geltung.“

Alle Breshnew-Zitate sind der Broschüre entnommen: „Die Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU — — — Kampfprogramm für die Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften“ (Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU L. I. Breshnew auf dem XV. Gewerkschaftskongreß der UdSSR, 20. März 1972) APN-Verlag — Moskau 1972.

Man muß nur genau hinhören und genau lesen, was die sowjetischen Führer sagen und schreiben. Sie verheimlichen nichts. Wir dürfen es nur nicht zu unserer eigenen Beruhigung anders auslegen wollen.

HELMUT ESSER, Rüsselsheim

CARSTENS WÜRDIGT EINHEITSGEWERKSCHAFT

(Reuter) Für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft hat sich Bundespräsident Carstens ausgesprochen. Gegenüber einer Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter Leitung ihres Vorsitzenden Vetter bezeichnete Carstens bei einem Empfang die Einheitsgewerkschaft als ein „sehr hohes Gut, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden“ dürfe. Er würdigte ferner das Bemühen der deutschen Gewerkschaften, die Interessen der Arbeitnehmer stets auch mit Blick auf das Gesamtwohl wahrzunehmen. Weitere Gesprächspunkte waren Fragen der Mitbestimmung, konjunkturelle Aussichten für das Jahr 1980, die Beschäftigung Schwerbehinderter und die Möglichkeiten einer besseren Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

KOMMUNISTISCHER EINFLUSS IN DEN GEWERKSCHAFTEN.

(SZ) Der IG-Metall-Vorsitzende **Loderer** hat betont, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik versuchten, ihren Einfluß in den Gewerkschaften auszubauen. Es sei jedoch schwierig, den Kommunisten auf die Spur zu kommen. Nach Loderers Angaben bemüht sich die DKP verstärkt darum, gerade bei der Gewerkschaftsjugend Einfluß zu gewinnen und Unruhe zu stiften.

DAS AKTUELLE GESPRÄCH

Wie kann man alte politische Erfahrungen für die Gegenwart nutzbar machen? Andere Voraussetzungen, andere Formationen und doch die Handlungen von Menschen mit ihren Stärken und Schwächen, mit ihren Irrtümern und ihren Leidenschaften und ihrem unentwegtem Ringen um Recht und Gerechtigkeit — gestern wie heute und morgen.

Dr. Julius **Leber**, Reichstagsabgeordneter vor 1933 und einer der bekanntesten Männer des REICHSBANNERS, einer der führenden Männer im Widerstand gegen Hitler, von den Nazis am 5. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet, brachte schon im Sommer 1933 während der ersten Monate seiner Haft seine Gedanken und seine Erkenntnisse zu Papier. Führen wir mit ihm im Geiste ein aktuelles Gespräch.

Wie hältst Du es mit der Staatsautorität im demokratischen Staate, mit der Achtung vor seinen Symbolen?

Seit Jahren wird unser Staat böseartig verunglimpft, als faschistoid dargestellt, als Unterdrückungsinstrument, als faulender Rest, der mit rattenhafter Wut verteidigt wird, und als ein „System“, das liquidiert werden müsse. Unsere Fahne Schwarz-Rot-Gold wurde öffentlich von Studenten als Fußabtreter benutzt. Doch sind Bestrebungen heute maßgebender Politiker im Gange, die Gesetze, die eine Bestrafung der Verunglimpfung des demokratischen Staates und seiner Symbole ermöglichen, zu streichen.

Julius Leber: „Die Autorität des Staates und seiner Regierung ist gerade in einer legitimen Volksherrschaft eine der allerwesentlichsten Voraussetzungen jeder Ordnung. Es gibt keine Demokratie ohne Autorität, ebensowenig wie es eine echte Freiheit ohne starke staatliche Ordnung gibt. Da in Republiken der Monarch mit seinem Ansehen und seiner Autorität fehlt, so hat gerade die demokratische Verfassung diesen Mangel in anderer Weise auszugleichen, durch Förderung unbedingter Achtung vor der Staatsautorität und ihren Symbolen.“

Deine Erfahrung stammt aus der Weimarer Zeit, als der REICHSPRÄSIDENT Friedrich Ebert unflätigen Beschimpfungen und Beleidigungen ausgesetzt war und das Staatssymbol Schwarz-Rot-Gold als „Schwarz-Rot-Senf“ von den Feinden der Republik herabgewürdigt wurde. Auch in der Bundesrepublik gibt es politische Gruppierungen — heute wie damals besonders gefördert an den Universitäten — die mit Straßenterror und mit Gewaltanwendungen parlamentarische Entscheidungen zu Fall bringen wollen. Taktische Pausen ändern nichts an dem latenten Zustand. Einordnung in demokratische Regeln und parlamentarische Ordnungen werden als Untertanengeist im Obrigkeitsstaat abgetan. Der Ruf nach Ordnung und mehr staatlicher Autorität wird oft in Presseorganen und sogar durch Kommentare in den öffentlichen Medienanstalten als faschistoid dargestellt, was unübersehbar eine Rehabilitierung des Faschismus bedeuten würde! Der Faschismus ist aber das genaue Gegenteil! Die Regeln der Demokratie bewegen sich im pluralistischen Raum, die „Ordnung“ des braunen und des roten Faschismus bzw. Kommunismus aber ist die schnurgerade Aus-

richtung des Geistes und der täglichen Bewegung in einer einzigen diktierten und überwachten Richtung. Was wollen also die „Systemveränderer“ erreichen? Alles andere, nur keine demokratischen Regeln, die ein freies gesellschaftliches Zusammenleben ermöglichen.

Wie also hältst Du es, lieber Freund, mit den Begriffen Ordnung und Freiheit und Gerechtigkeit?

Julius Leber: „Man hat versucht, den beiden Begriffen Autorität und Ordnung die hohen Werte der Freiheit und Gerechtigkeit gegenüberzustellen. Aber wir können nicht von der Meinung abgehen, daß Freiheit und Gerechtigkeit, Autorität und Ordnung sich gegenseitig geradezu bedingen und ergänzen. Denn die scheinbar höchste und freieste Gerechtigkeit in der völligen Anarchie ohne jede staatliche Einmischung und Autorität bedeutet ja praktisch zugleich höchste Unfreiheit der Schwachen und Besitzlosen, und damit höchste Ungerechtigkeit.“

„Volle Freiheit für Presse und Parteien“ hört sich sehr gut an. Es kommt aber sehr auf den Umgang mit dieser Freiheit an. Angeln nicht zu viele im Negativen, im Sensationellen, damit ihre Ergüsse überhaupt gedruckt werden? Ist das Herunterreißen von Personen, Regierungen, Oppositionen und Ministern — von welcher Partei auch immer — das eigentliche Metier mancher Journalisten, Kommentatoren und Leitartikler? Kommt uns von der Fernsehscheibe nicht alle Weisheit entgegen — unwidersprochen, denn niemand hat die Chance zu widersprechen — über die Innenpolitik, über die Außenpolitik — Sport nicht ausgenommen — über das, was falsch sei, und wie es richtig gemacht werden müßte? Es ist die Ausgeburt der Weisheit. Man kann sich nur wundern, daß all diese Gescheiten nicht schon längst unsere Regierung und Opposition zugleich ersetzen können. Alle Probleme unseres Staates — und der Welt noch dazu — wären bald keine Probleme mehr. So scheint es — und so trägt es.

Doch ist dieser Job zutiefst unbefriedigend und langweilig, immer wieder den wehrlosen Zuschauern am Bildschirm sich selbst wohlgefällig und anderen „haushoch überlegen“ als das Maß aller Dinge aufzudrängen. Die Demokratie lebt vom Widerspruch, von der Rede und der Gegenrede. So schädlich eine Kritik um der Kritik willen ist, so wichtig ist die Kritik, die sich in ihrer Zielsetzung dem Positiven hinwendet.

Was sagt dazu die Erfahrung?

Julius Leber: „Demokratie verlangt Verantwortungsbewußtsein und Selbstzucht von jedem Menschen, der seinen Platz haben will im Staatsgetriebe. Hemmungslosigkeit und Verantwortungslosigkeit vertragen sich nicht mit der äußeren Ordnung, die jedem ein so großes Maß persönlicher Meinungsfreiheit gewährt. Eine starke Staatsautorität hat hier dem Volksbewußtsein Grenzen einzuprägen, allerdings in einer Form, die jedem Staatsbürger das Gefühl größter persönlicher Freiheit läßt.“

Das sind, lieber Freund, die Überlegungen nach jahrelangen trüben Erfahrungen, geprägt durch eine schwierige Lage, das sind die Gedanken angesichts des rapiden Verfalls einer jungen deutschen Republik.

Julius Leber: „Man wird hier den Einwand machen, solche Kritik sei nachträglich und in der Rückschau leicht. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Es ist schon in jener, unserer Erinnerung so fern scheinenden Zeit solche Kritik geübt worden. Wer hat es gehört? Wer darauf reagiert? Es gab in Deutschland für diese Kritik einfach kein politisches Gewissen! Die Freunde der Demokratie lebten in gesündester Zufriedenheit, in den von ihnen als unwiderruflich gerecht proklamierten Zuständen, und die Gegner lehnten in Bausch und Bogen alles ab, was sich zum neuen Staat bekannte.“

Es ist wahr. Obwohl sich nichts in der gleichen Formation in der Geschichte wiederholt, im Wesen gleicht sich vieles. Bedenken wir bei heutigen Betrachtungen, wieviele sich selbstzufrieden in unserem Staate räkelten und wieviele diesen Staat von Grund auf in Bausch und Bogen ablehnen und bekämpfen — bis es eines Tages wieder Gelegenheiten zu überlegter Rückschau geben wird.

ROBERT BECKER, Offenbach

BAD NAUHEIMER GESPENSTER

Man möchte es nicht glauben: Im hessischen Bad Nauheim wollen Parlamentarier nicht darauf verzichten, Adolf Hitler und seinen Gauleiter Ferdinand Werner auch weiter als Ehrenbürger der Stadt zu führen. Sie argumentieren, daß man geschichtliche Tatsachen nun einmal nicht durch Beschlüsse aus der Welt schaffen könne; die Ehrenbürgerschaft sei überdies nur zu Lebzeiten entziehbar. Dazu meinte der SPD-Bürgermeister Schäfer gegen das Votum seiner Partei und der FDP: „Hitler und Werner haben nun einmal gelebt und sind Geschichte.“ Uns Deutschen wird oft eine seltsame Lust am Untergang nachgesagt. Wenn es allerdings darum geht, sich durch politische Instinklosigkeit, ja, Dummheit auszuzeichnen, dann scheinen Deutsche den übrigen Nationen tatsächlich einiges voraus zu haben. Das Bad Nauheimer Beispiel spricht dafür. Die Frage stellt sich, warum wir Gegnern unseres Staates immer wieder Gelegenheit bieten, mit spitzen Fingern auf uns zeigen zu können. Niemand zwingt uns, mit den Gespenstern der jüngsten Vergangenheit zu leben. Viele Stadtväter haben schon 1945 kurzerhand Hitlers und Görings Ehrenbürgerrechte annulliert.

WILLI BEUK, Hamburg

Bücher

VOM FRIEDEN

Georg Leber, der Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, ist hier bereits des öfteren erwähnt worden. In seinem Buch „Vom Frieden“ steht der ganze Leber vor uns: Der ehemalige Bundesvorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. Was dieses Buch — keine Autobiographie, kein Erinnerungs- oder gar Rechtfertigungsbuch — besonders lesens- und liebenswert macht, ist das Nachwort. Dieses Nachwort enthält aber keine Zusammenfassung, wie sonst oft üblich, sondern nichts mehr und nichts weniger als ein nächtliches Erlebnis des Unteroffiziers Georg Leber in einer Frostdnacht, die seine letzte hätte sein können, in einer kleinen russischen Kiste, denn er hatte, ohne es zu ahnen, einem Totengedenken unter Partisanen beigewohnt. „Ich werde mich aber immer an dieses Haus, an die Frau, an die fünf russischen Partisanen und an einen deutschen Oberleutnant erinnern, wenn ich an die Kriegsjahre in Rußland zurückdenke.“ Damit schließt dieses Buch. Zu der Frage, was ihm im politischen Leben die meiste Freude gemacht habe, hat Leber nur eine Antwort: „Macht gehabt zu haben und diese Macht eingesetzt zu haben für gute Dinge, zur Hilfe von Menschen, die Schwierigkeiten hatten, und zur Unterstützung einer Politik, die den Frieden sichert“. Kompromißlos bis zur Un-Diplomatie ist er mehr als einmal, vor allem als Verteidigungsminister, wenn er den Sowjets einige Wahrheiten ins Gesicht sagt, indem er die Rote Armee als Polizeitruppe des Warschauer Paktes bezeichnet und als politisches Drohinstrument dem Westen gegenüber. Mit ihm erlebt der Leser Brennpunkte der deutschen Geschichte, denen er seinen Stempel aufgedrückt hat. Wann wird der Vizepräsident des Deutschen Bundestages wieder in die aktive Politik zurückkehren? Man möchte es ihm und uns wünschen.

S.K.

Georg Leber: Vom Frieden — 335 S. Leinen — Seewald-Verlag, Stuttgart 1979 — DM 36.—

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

BUNDESPRÄSIDENT EMPFING BUNDESVORSITZENDEN

Bundespräsident Professor Dr. Karl **Carstens** empfing Hubertus-**Prinz zu Löwenstein** als Bundesvorsitzenden des Reichsbanners-Schwarz-Rot-Gold und Präsidenten des Freien Deutschen Auto-nerverbandes (FDA) sowie Dr. Volkmar Zühlsdorff, Mitglied des Reichsbanners und Präsidiumsmitglied des FDA am 3. Dezember 1979 im Präsidenten-Palais, bei dem auch Staatssekretär Hans **Neusels**, Ministerialdirigent Dr. Helmut **Rückriegel** und Ministerialrat Dr. Wilhelm **Wemmer** anwesend waren. Der Bundespräsident sprach Prinz zu Löwenstein seinen Glückwunsch zur Wahl als Bundesvorsitzender aus sowie Anerkennung, daß er sich bereit gefunden habe, trotz anderen umfangreichen Verpflichtungen dieses Amt zu übernehmen. Er bezeichnete das Reichsbanner als **die** demokratische Schutzorganisation, die vor 1933 bis zuletzt den Kampf gegen Hitler geführt habe. Unter der Zahl der namhaften Persönlichkeiten, die dem Reichsbanner damals angehörten, wurden außer Otto Hörsing und Karl Höltermann Reichskanzler Josef Wirth, Reichsminister Carl Severing, die späteren Bundesminister Ernst Lemmer und Heinrich Krone, Schulrat Hans Fest und andere genannt. Er zeigte sich über Bedeutung und Rolle des Reichsbanners in der Weimarer Zeit ausgezeichnet informiert. Zwar habe die Mehrheit seiner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angehört, aber die anderen demokratischen Parteien waren ebenfalls stark vertreten wie die Deutsche Demokratische Partei (später Deutsche Staatspartei) und das Zentrum das z.B. im Rheinland die Mehrheit der Reichsbannermittglieder stellte. Das sei seine Besonderheit und seine demokratische Stärke gewesen.

Prinz zu Löwenstein erklärte, daß dies auch heute ähnlich so sei.

Der Bundespräsident erkundigte sich auch nach dem Zeitpunkt des Wiedererstehens des Reichsbanners als Organisation nach dem Kriege, nach der gegenwärtigen Zahl der Mitglieder und anderen Einzelheiten. Mit Interesse nahm er den Bericht über die Bundesvorstands-Sitzung im Frankfurter Römer am 30. November 1979 zur Kenntnis sowie über die gemeinsam vom Landesverband Hessen des Reichsbanners und der Union deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände für den gleichen Tag vorbereiteten internationalen Arbeitstagung der Union Internationale de la Résistance et de la Déportation aus neun Nationen, mit einem Empfang durch den Oberbürgermeister im Kaisersaal, Vorträgen, u.a. zum Thema „Die Freiheit ist unteilbar“ und einer Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Prinz zu Löwenstein hob hervor, die Union der Widerstandskämpfer stehe als demokratische Organisation in entschiedenem Gegensatz zu der als Moskau-freundlich bekannten VVN; die Resolution am Schluß der Tagung habe unter anderem eine scharfe Verurteilung der Geiselnahme von Teheran enthalten.

Als wertvoll bezeichnete es der Bundespräsident, daß das Reichsbanner, gemäß dem Zweck des Bundes nach §2 der Satzung: „Gewinnung für den demokratischen sozialen Rechtsstaat“ durch „Erziehung, Volksbildung und Völkerverständigung“ sich auch um das Staatsbewußtsein der Jugend bemühe. Hierzu gehöre, daß in den jungen Menschen die Kenntnis und das Gefühl geweckt würden, die Geschichte der Demokratie in Deutschland beginne nicht erst mit dem Jahre 1949 oder 1918, sondern mit der Revolution von 1848, den Stein-Hardenbergschen Reformen Anfang des 19. Jahrhunderts und reiche in ihren Wurzeln und Anfängen tief hinein in frühere Jahrhunderte deutscher Entwicklung. Er selber habe bei der kürzlichen Konferenz der Kultusminister der Länder auf die Bedeutung gerade dieses Aspekts des Geschichtsunterrichts an den deutschen Schulen hingewiesen. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch Prinz zu Löwensteins „Deutsche Geschichte“, die, wie dieser vortrug, in den letzten Kriegsjahren in den Vereinigten Staaten verfaßt worden sei, um der damals mit Deutschland verfeindeten Welt und später dem deutschen Volk in seiner wiedergewonnenen Freiheit zu zeigen, welches die wahre deutsche Geschichte und welches die Quellen seiner Demokratie und die Ziele seiner Zukunft seien. Der Bundespräsident gab dem Bundesvorsitzenden am Schluß des Gesprächs seine besten Wünsche für die künftige Arbeit und eine fruchtbare Entwicklung des Reichsbanners mit auf den Weg.

VOLKMAR ZÜHLSDORFF

SACHLICHER WAHLKAMPF

(Bonn) Den Entwurf für ein Wahlkampfabkommen der Bundestagsparteien hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler an SPD, FDP, sowie die CSU versandt. Der Entwurf sieht eine Verpflichtung der Parteien für einen sachlichen und fairen Bundestagswahlkampf 1980 vor. SPD und FDP bekräftigten erneut ihre Bereitschaft zu einem solchen Abkommen.

GEMEINSAM FÜR ÄUSSERE UND INNERE SICHERHEIT

Zum Abschluß der Öffentlichkeitsarbeit 1979 veranstalteten Ortsverein Frankfurt/Main und Stützpunkt Bad Homburg v.d.H. vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. eine Busfahrt in den „Hessenpark“ mit Mittagessen im Gasthaus „Zum Eisvogel“ in Anspach. Eine Sonderführung in den zum Teil eigens geheizten Räumen von Kirche und Schulhaus beeindruckte alle Teilnehmer so stark, daß sofort anschließend der Wunsch laut wurde, diesen Besuch wegen des abzusehenden weiteren Ausbaus und der Belebung durch tätige Handwerker und Vieh im nächsten Jahr zu wiederholen. Zur Kaffeetafel in den „Ratsstuben“ des Stadthauses von Bad Homburg war der Kreis bereits wesentlich größer geworden, insbesondere durch die politisch aktive Jugend, so daß Veranstaltungsleiter Siegfried **Keiling** eine für Samstagnachmittag erfreulich große Besucherzahl begrüßen konnte, unter der Vertreter aller Bundestagsparteien und ihrer Jugendorganisationen zu sehen waren, ein gutes Zeichen für die gemeinsame Basis aller aktiven Demokraten. Der vom Wehrbereichskommando IV in Mainz zur Verfügung gestellte Film „30 Jahre später — DDR-Militär: Anspruch und Realität“ zeigte die innere Verlogenheit der von den Kommunisten proklamierten Ziele und der Realität durch preußisch-sowjetischen Kasernenhofdrill, durch rigorose Erziehung zum Haß auf den politischen Gegner als wichtigstes Instrument der SED-Politik. Jugendoffizier Oberleutnant Manfred **Ott** beschränkte sich verständlicherweise auf die äußere Sicherheit, deren Faktoren Verteidigung plus Entspannung seien. „Sicherheit ist die Wahrscheinlichkeit eines Nicht-Kriegsfallens.“ Er verdeutlichte die Strategie der Flexiblen Abwehr auf der konventionellen und auf der nuklearen Ebene. Nuklear: „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter.“ Zur inneren Sicherheit sprach Reichsbanner-Bundesehrentvorsitzender Georg **Prinz**, zugleich Vorsitzender der Union deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände. Ausgehend vom Selbstverständnis der „Weimarer Demokratie“ und der vom Parlamentarischen Rat beschlossenen „streitbaren Demokratie“ setzte er sich mit dem Verbot von Parteien bei Verstößen gegen freiheitlich-demokratische Grundsätze und Extremisten im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, auseinander. Die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) stellte er als eindeutig kommunistisch geführte und vom Osten finanzierte Organisation heraus, mit der es für Demokraten keine Gemeinsamkeit geben darf. Beide Referenten erhielten mehrfach Beifall. Vor Beginn der Aussprache verwies Veranstaltungsleiter **Keiling** auf den jetzt vorliegenden „Verfassungsschutzbericht 1978“, wonach das auch in Bad Homburg mehrfach in Erscheinung getretene „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ nicht nur keine Rechtsform besitzt, sondern auch ebenso kommunistisch geführt wird wie die VVN, nachdem acht von neun Mitgliedern des „geschäftsführenden Büros“ Angehörige des sowjetisch gelenkten „Weltfriedensrates“ sind. Gerd **Hönig** von der jungen Union gab seiner Freude über die Reichsbanner-Initiative Ausdruck, die Gemeinsamkeit aller Demokraten herauszustellen, dem sich offensichtlich auch die Jungsozialisten anschlossen, denn seitens der Jugend gab es keine weiteren Wortmeldungen. Abschließend dankte **Keiling**, flankiert von der alten Reichsbanner-Fahne der Ortsgruppe Nied von 1927, dem Magistrat Bad Homburgs und der Bundeswehr für ihre Unterstützung, entschuldigte die Abwesenheit der Bundeswehr-Reservisten, die eine 36-stündige Einsatzübung im Hintertaunus durchführen, und den alten und jungen Demokraten für die Demonstration politischer Gemeinsamkeit, zumal sich auch alte, noch nicht reaktivierte Reichsbannerkameraden wieder gemeldet hatten.

PERSONALIA

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt a.M. wählte den Kameraden **Heinrich Ditter**, Oberregierungsrat i.R., langjähriges Vorstandsmitglied des Reichsbanners und Schatzmeister der UDWV, zum Stadtältesten, Heinrich Ditter, Stadtrat a.D., Träger des Bundesverdienstkreuzes, war viele Jahre hindurch Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt a.M. Der Bundespräsident verlieh dem Kameraden **Helmut Fölsch**, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für Verdienste um Volk und Staat.

**Werben auch Sie für uns !
Benutzen Sie die beiliegende
Werbeantwortkarte —
auch für Buchbestellungen**

PHILIPP EMMERT

Am Sonntag, 25. November 1979, wurde er 75 Jahre alt und kann noch mehr Jubiläen feiern: 30 Jahre Sozialbezirksvorsteher im Gallus, 60 Jahre Mitglied der SPD und der Arbeiterwohlfahrt. Ursprünglich gelernter Werkzeugdreher, arbeitete er schon mit 25 Jahren als Angestellter bei der AOK, die er bei seiner Pensionierung als Verwaltungsoberinspektor verließ. Nur während des Dritten Reichs gab es eine Unterbrechung. Er wurde gleich nach Hitlers Machtergreifung als Kommunist, beziehungsweise als das, was man dafür hielt, festgenommen, aber einer der maßgeblichen Leute in der Untersuchungshaftanstalt kannte ihn noch von seiner Mitgliedschaft beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold her und schickte ihn nach Hause, einen Tag, bevor es einen großen Abtransport nach Buchenwald gab. Er arbeitete dann — bis 1945 — in der Rüstungsindustrie. Isoliert ist er trotz des Todes seiner Frau vor 3 Jahren nicht, zumal er mit seinen Erfahrungen und seinem Wissen, die er als Sozialbezirksvorsteher gewonnen hat, seinen jungen Kollegen „immer mit Rat und Tat zur Seite“ steht und nach wie vor im Reichsbanner Ortsverein Frankfurt aktiv ist.

REICHSBANNER-VERANSTALTUNGSDIENST

Um überall dort präsent zu sein, wo auch nur ein Mitglied des Reichsbanners wohnt, und um der Aufgabenstellung des § 2/2 der Satzung gerecht zu werden, wurde ein Veranstaltungsdienst auf Bundesebene eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, Seminare, Vorträge, Informationsveranstaltungen u.s.w. zu planen, vorzubereiten und durchzuführen.

Begonnen wird mit folgenden Seminaren: 1.) „Ursachen des Nationalsozialismus“, 2.) „Adolf Hitler und die Folgen“, 3.) „Die deutsche Demokratie in Geschichte und Gegenwart“, 4.) „Im Schatten der Weltrevolution“.

Dazu kommen noch eine Reihe grundsätzlicher und aktueller Vorträge bekannter Persönlichkeiten und von Mitarbeitern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten.

Der Veranstaltungsdienst steht auch befreundeten Organisationen zur Verfügung.

Programmunterlagen können bei Kam. Franz Hron, Elbfallweg 12, 6368 Bad Vilbel angefordert werden.

BEILAGENHINWEIS

RB-Initiative in Sachen Olympiaboykott

weitere Exemplare können angefordert werden bei Kam. Franz Hron, Elbfallweg 12, 6368 Bad Vilbel

ORIGINALFLUGBLATT i.S. KFAZ

wurde in tausenden Exemplaren neben dem KFAZ-Wertebestand in Bad Homburg verteilt und steht ebenfalls zur Verfügung

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Nr. 1 — Februar 1980 — 24. Jahrgang — erscheint seit 1924.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, Kronberger Str. 43, 6000 Frankfurt 1
Ruf (0611) 72 79 70

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 10077651
Stadtparkasse Frankfurt/Main, Kto.-Nr. 207167
Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115—600

Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach — Helmut Esser, Rüsselsheim, — Siegfried Keiling, Bad Homburg — Fritz König, Frankfurt — Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bonn — Georg Prinz, Diedenbergen.

Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.

Druck: Foto-Druck-Color, Frankfurt, Königsberger Str. 8,
Tel. (0611) 77 67 74 / 77 18 36.

Die unter Verfassernamen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangaben gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung zweifach. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Einzelheft DM 1,50 — Jahresabonnement DM 6,— zuzüglich Versandkosten. Abbestellung bis sechs Wochen vor Jahresschluß. Redaktionsschluß am 1., Anzeigenschluß am 5. jeden 3. Monats. (Feb. Mai. Aug. Nov.)